

Vortrag am 18. September 2013, 18.00 Uhr

Thomas Isenberg,

Gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus

**„Eckpunkte sozialdemokratischer Pflegepolitik:
Für die Regierungszeit nach der Bundestagswahl“**

DIE DEMOGRAFISCHE CHANCE NUTZEN.

Für eine gerechte Pflegereform

Das Älterwerden unserer Gesellschaft kann eine große Chance sein, die wir nutzen sollten. Wer nur die Angst vor dem Älterwerden heraufbeschwört, verstellt den Blick auf die vielfältigen Möglichkeiten, die Gesellschaft des längeren Lebens zu gestalten. Wir wollen keinen Alarmismus, sondern unsere Gesellschaft für ein besseres Leben im Alter gestalten. Denn der alters- und altersgerechte Umbau unserer Kommunen, unserer sozialen Dienstleistungen und der Wirtschaft nutzt allen Bürgerinnen und Bürgern. Er schafft einen gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Innovationsschub.

Nach dem Aufbau Ost in den 1990er Jahren und der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit in den 2000er Jahren, ist in diesem Jahrzehnt der demografische Wandel die nächste große gesamtgesellschaftliche Aufgabe für unser Land. Denn Deutschland wird älter. Die Lebenserwartung ist in den vergangenen Jahrzehnten kontinuierlich gestiegen und wird die Altersstruktur in unserem Land nachhaltig verändern. Bis zum Jahr 2030 werden fast 30% der Bevölkerung älter als 65 Jahre sein, auch weil gleichzeitig weniger Kinder geboren werden. Diese Entwicklungen bedeuten eine historische Herausforderung für unser Zusammenleben, die Organisation und Finanzierung unserer Sozialsysteme sowie den Arbeitsmarkt. Hier steht die Politik in der Pflicht und muss Verantwortung übernehmen, um den Wandel aktiv zu gestalten. Was wir jetzt tun oder eben versäumen, wird seine Spuren langfristig hinterlassen. Die SPD wird diese Verantwortung auch in der Bundesregierung übernehmen anstatt ihr auszuweichen wie die Regierung Merkel/Rösler.

Durch den veränderten Altersaufbau gewinnt das Thema Pflege einen immer größeren Stellenwert in unserer Gesellschaft. Schätzungen gehen davon aus, dass der Anteil der Pflegebedürftigen bis 2020 um fast ein Viertel zunehmen wird – Tendenz steigend. 2030 werden voraussichtlich mehr als 3 Mio. Menschen in Deutschland pflegebedürftig sein. In einzelnen Regionen wird sich diese Entwicklung noch deutlich schneller und umfassender vollziehen mit massiven Auswirkungen auf die Pflegekapazitäten vor allem im ländlichen Raum. Wie viele Menschen pflegebedürftig werden, hängt auch davon ab, ob wir es schaffen, Pflege durch eine bessere Gesundheit im Alter zu vermeiden. Wir wollen das Leben der Betroffenen heute verbessern und der zukünftigen Pflegebedürftigkeit in der Zukunft entgegenwirken.

Wir werden den demografischen Wandel meistern, wenn es uns gelingt, dauerhaft hohe Beschäftigung und gute Arbeit in Deutschland zu organisieren. Jede/r Arbeitslose/r weniger bedeutet weniger Kosten für die Allgemeinheit und mehr Beiträge zum Staatshaushalt und den sozialen Sicherungssystemen. Wir müssen

Medienpartner:



Geschäftsstelle / Kontakt:
PMG – GmbH . Pflege – Management – Gesundheit
Bülowstraße 71-72 • 10783 Berlin
Tel.: 030 – 23 00 66 99 • Fax: 030 – 23 00 66 91 • Email: info@pmg-pflege.de

endlich dafür sorgen, dass das Bildungs- und Ausbildungssystem bereits mit der frühkindlichen Bildung beginnt und Chancengerechtigkeit für Abschlüsse, für Qualifikation und Aufstiegsmöglichkeiten eröffnet. Wir brauchen faire Löhne und gleichen Lohn für gleiche Arbeit und eine gerechte, solidarisch finanzierte Rente. Es muss endgültig damit Schluss sein, dass Frauen deutlich schlechter verdienen als Männer. Wir brauchen für die Kinder junger Eltern ausreichend Betreuungsplätze – kein Betreuungsgeld, das einer Erwerbstätigkeit insbesondere von Frauen entgegenwirkt. Wenn uns das gelingt, dann kann aus dem demografischen Wandel eine Chance für jede/r in unserem Land entstehen, eine echte Chancen zur Teilhabe und Teilgabe.

Wir müssen aber auch die sozialen Sicherungssysteme auf den demografischen Wandel ausrichten. Das heißt für die Arbeitslosenversicherung dass sie in eine Arbeitsversicherung umgebaut werden muss. Die Gesundheitsversorgung muss von der Zwei-Klassen-Medizin in einer Bürgerversicherung für alle umgebaut werden, statt in ein Kopfpauschalen-System, wie es die schwarz-gelbe Bundesregierung will. Gleiches gilt für die Pflegeversicherung – auch hier wollen wir eine solidarisch finanzierte Bürgerversicherung statt einer Zusatzversicherung über den ungenügenden 5-Euro-Bahr. Auch in der Pflege brauchen wir eine grundlegende Reform, die dafür sorgt, dass Pflegebedürftige und ihre Angehörigen nicht länger alleine gelassen werden, Pflegerisiken nicht privatisiert oder individualisiert werden und der Pflegebedarf nicht nur an Zeit und Kostenfaktoren bemessen wird.

Die Menschen wollen heute – auch bei Pflegebedarf - länger und selbstbestimmt in ihrer vertrauten Umgebung zu Hause leben. Pflege, Unterstützung und Betreuung leisten heute in der weit überwiegenden Zahl die Angehörigen. Die Familie ist der größte Pflegedienst in Deutschland. Die Möglichkeiten der Familien, die Pflege selbst zu leisten, werden allerdings immer enger. Familien leben immer seltener Generationen übergreifend am gleichen Ort. Diejenigen, die potenziell pflegen könnten, sind oftmals selber beruflich und familiär mit noch kleinen Kindern stark eingebunden. Es sind aber auch immer öfter die Partner, die sich gegenseitig pflegen, aber selbst alt sind. Pflegenden Angehörigen brauchen deshalb in unterschiedlicher Weise Unterstützung, Begleitung und Anleitung durch professionelle Pflegekräfte, sie brauchen ein berufliches Umfeld, das ihnen die Pflegearbeit zuhause ermöglicht, und sie brauchen ein soziales Netzwerk und Stützsystem durch Freunde, Bekannte und Nachbarn, das ihnen Rückhalt, Anerkennung und Freiräume im Alltag gibt.

Die Pflege von morgen muss Teil des Lebensumfeldes der Menschen werden. Sozialräumliche Pflege hat somit nicht nur die zu pflegenden Menschen im Blick, sondern auch ihre Angehörigen, ihre Nachbarschaft – ihr Wohn- und Lebensquartier. Gutes Leben im Alter beginnt im Dorf, im Stadtteil, in der Nachbarschaft. Der Wohn- und Lebensraum der Menschen muss die Bedarfe älterer Menschen berücksichtigen, damit sie teilhaben können und nicht ausgegrenzt werden. Gute Pflege braucht altersgerechte Wohnungen und auch Einrichtungen, die Teil des Lebensumfeldes der Menschen sind.

Für uns ist gute Pflege deshalb mehr, als die Reform der Pflegeversicherung, deren Reform aber Grundlage für eine gute Pflege ist. Mit unserer Pflegereform wollen wir folgende Ziele erreichen:

Wir wollen durch Gesundheitsförderung, Prävention und Rehabilitation ein gutes Leben im Alter ermöglichen, Pflegebedürftigkeit begrenzen und die Fähigkeit zum selbstbestimmten und selbständigen Leben erhalten oder wiederherstellen.

- Wir wollen das Leben in den Kommunen altersgerechter gestalten und die sozialräumliche Pflege stärken. Wir wollen die Kommunen befähigen, die Pflegestrukturen bedarfsgerecht zu entwickeln.
- Wir wollen pflegebedürftigen Menschen und ihren Angehörigen eine gute Beratung anbieten und für sie passgenaue Unterstützungsangebote entwickeln, die ihnen im Alltag ganz konkret und lebenspraktisch helfen.
- Wir wollen die notwendigen Pflegeleistungen durch die Zusammenführung von sozialer und privater Pflegeversicherung in eine Bürgerversicherung verlässlich, gerecht und bedarfsgerecht finanzieren.
- Wir wollen die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf nachhaltig verbessern.
- Wir wollen zusätzlich 125.000 tariflich entlohnte Stellen für Pflege-Fachkräfte schaffen und damit Zeit für die Pflege gewinnen.

- Wir wollen gute Arbeit in der Pflege mit leistungsgerechter Bezahlung und Pflegeberufe attraktiver machen. Wir wollen in den Jahren 2013-2017 die Weichen in der Pflege umfassend neu stellen. Vier weitere Jahre des Nichtstuns kann sich unser Land nicht leisten. Auch deshalb muss die Regierung Merkel abgewählt werden. Wir wollen mit unseren Vorschlägen weg von der Minutenpflege. Stattdessen wollen wir die Weichen für eine Pflege stellen, in der es mehr Zeit für menschliche Zuwendung gibt.

Dazu schlagen wir folgende Aktionsfelder vor, die wir nach der Bundestagswahl in Angriff nehmen wollen:

Maßnahmen für eine gerechte Bürger-Pflegereform:

1. Job-Offensive: 125.000 neue Stellen in der Pflege

Mehr Zeit für Zuwendung ist nur durch mehr Pflegenden möglich. Deshalb wollen wir den Großteil der Mehreinnahmen aus der Erhöhung des Beitrages zur Pflegeversicherung um 0,5% (ca. 6 Mrd. Euro) in zusätzliche, tariflich entlohnte Stellen in der Pflege investieren. In den nächsten vier Jahren sollen so 125.000

neue Stellen in der Pflege geschaffen werden. Es wird ein Mindestpersonalschlüssel in Pflegeheimen und ambulanten Pflegediensten eingeführt. Durch die Einführung eines neuen Begutachtungssystem, einer grundsätzlichen Überarbeitung der Pflegekriterien und die Abkehr von der Minutenpflege wird zudem eine massive Entbürokratisierung vorangetrieben.

Damit diese Stellen dauerhaft auch besetzt werden können, werden wir eine gemeinsame Alten- und Krankenpflegeausbildung mit dem Berufsbild „Pflege“ einführen. Die demografische Entwicklung wird zu einem starken Fachkräftebedarf in den Pflegeberufen führen. Um diesen möglichst schnell zu decken, wollen wir das Ausbildungsangebot staatlicher Berufsfachschulen stärken, die Pflegeausbildung für die Absolventinnen und Absolventen schrittweise kostenfrei stellen und eine Ausbildungsvergütung einführen.

2. Gerechtigkeits-Offensive: Bessere Arbeitsbedingungen und bessere Bezahlung

Die Einkommen der Pflegerinnen und Pfleger bilden deren Leistung und hohe gesellschaftliche Bedeutung in keiner Weise ab. Wer auch in Zukunft noch genug Fachkräfte in der Pflege haben will, muss sie besser bezahlen. Soziale Arbeit muss aufgewertet werden. Wir unterstützen daher die Bemühungen für einen Branchentarif „Soziale Arbeit“, den wir für allgemeinverbindlich erklären wollen. Damit kann dem Lohndumping effektiv begegnet und die Arbeit der Beschäftigten im Sozial- und Pflegebereich gewürdigt werden. Dazu gehören bessere Angebote zur Weiterbildung und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, um Fachkräfte für den Pflegeberuf noch stärker zu motivieren und langfristig im Beruf zu halten. Darüber hinaus setzen wir uns für Personalmindeststandards in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen ein.

3. Die Bürgerpflegeversicherung solide finanzieren

Eine umfassende, Teilhabe stärkende Pflegereform braucht eine solide und gerechte Finanzierung. Mit der Bürgerpflegeversicherung werden wir überall einkommensgerechte Beiträge einführen. Der 5 Euro-Bahr löst die Probleme nicht. Wir werden diese staatliche Förderung der privaten Zusatzvorsorge abschaffen und das Geld der solidarisch finanzierten Pflegeversicherung zur Verfügung stellen. Die durch diese Maßnahmen erzielten Mehreinnahmen werden wir zur Finanzierung unserer Pflegereform verwenden.

4. Bessere und verlässlichere Pflegeleistungen durch einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff

Wir wollen zudem einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff zügig einführen, damit Menschen mit Demenzerkrankung bessere und passgenauere Leistungen bekommen. Weiterhin wollen wir das Nebeneinander unterschiedlicher Pflege- und Betreuungsleistungen einfacher gestalten. Die Leistungen der Pflegeversicherungen wie die Kurzzeit- und Verhinderungspflege, die Tages- und Nachtpflege oder die unterschiedlichen Formen der Betreuung von niedrigschwellig bis zu professionell müssen besser aufeinander abgestimmt werden,

damit eine sozialräumliche Pflege leichter möglich ist. Dazu gehören auch die Überprüfung der Arzneimittelvergabe und die Vermeidung von über-, Unter- und Fehlversorgung. Das so entstehende Einsparungspotenzial werden wir stattdessen in eine psychosoziale Weiterentwicklung der Pflege investieren.

5. Pflege vermeiden und Selbstständigkeit und Teilhabe bis ins hohe Alter ermöglichen.

Die Leitidee unserer Pflegereform lautet, „Gut Leben im Alter - Selbstbestimmung und Teilhabe“. Deshalb sind Gesundheitsförderung, Prävention und Rehabilitation für uns ebenso wichtig wie eine qualitativ hochwertige Pflege. Wir brauchen gute gesundheitsförderliche Angebote und eine betriebliche Gesundheitsförderung, die die Lebenswelten der Menschen im Blick haben. Wir wollen die Gesundheitsförderung und Prävention stärken und die geriatrische Rehabilitation ausbauen, damit dem Grundsatz „Rehabilitation vor Pflege“ für jeden Menschen gefolgt wird. Dazu müssen auch die Fehlanreize im Sozialversicherungsrecht, die Prävention und Rehabilitation behindern, beseitigt werden. Zur Vermeidung von Pflegebedürftigkeit brauchen wir eine Offensive in der geriatrischen Rehabilitation. Deshalb müssen die Kosten für diese Leistungen auch von den Pflegekassen erstattet werden, wenn sie helfen, Pflege zu vermeiden.

6. Investitionen und Engagement für ein altersgerechtes Lebens- und Wohnumfeld

Eine altersgerechte Gestaltung des Lebens- und Wohnumfelds ist die zentrale Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Alter. Die altersgerechte und barrierefreie Entwicklung unserer Städte und Gemeinden muss deshalb ein zentrales Ziel der Städtebauförderung werden. Wir werden dafür die Bundesmittel für die Städtebauförderung auf 700 Millionen Euro pro Jahr anheben.

Wir werden zudem das von der Regierung Merkel gestrichene Programm "Altersgerecht umbauen" wieder mit 100 Mio. Euro Bundesmitteln jährlich ausstatten und damit den barrierefreien Umbau von Wohnungen sowohl durch zinsgünstige Kredite als auch durch Zuschüsse fördern.

7. Passgenaue Leistungen wie aus einer Hand: Die gestaltende Rolle der Kommunen

Nachbarschaftliche Unterstützung, bürgerschaftliches Engagement und sozialräumliche Pflege brauchen eine gute Begleitung und Unterstützung. Die Kommunen sind hier der wichtigste und richtige Akteur, um in einen partizipativen Prozess mit Einwohnerinnen und Einwohner Angebote zu planen, die vielen notwendigen Akteure zu koordinieren. Hierbei wollen wir sie als verlässlicher Partner einer sozialräumlichen Pflege unterstützen!

8. Unterstützungsoffensive für Angehörige: Ausbau der Beratungsinfrastruktur

Eine gute und erreichbare Beratung der Betroffenen und ihrer Angehörigen von Anfang an ist eine notwendige Bedingung um Pflege insgesamt- vor allem aber stationäre Pflege möglichst lange zu umgehen und um gute Pflege zu ermöglichen. Wir wollen die Pflege-Beratung flächendeckend in den Pflegestützpunkten auf- und ausbauen. Die Beratung wird dabei auch gesundheitsfördernde und präventive Maßnahmen sowie rehabilitative Angebote stärker berücksichtigen. Wir wollen die kommunale Pflegestrukturplanung stärken, damit die sozialräumliche Pflege Alltag wird.

9. Flexible Pflegezeit zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Viele Menschen wollen ihre Angehörigen selbst pflegen. Sie brauchen – neben der Beratung und Anleitung – auch Arbeitsbedingungen, die Pflege, Familie und Berufsleben miteinander vereinbaren lässt. Wir wollen Angehörigen mit gezielten Angeboten unterstützen, das Maß ihrer Pfl egetätigkeit stärker selbst zu bestimmen. Wir wollen die Möglichkeit einer flexiblen Pflegezeit einführen, die mit Lohnersatzleistung und Rechtsanspruch auf Rückkehr in den Beruf ausgestattet ist. Angehörige sollen zukünftig in Absprache mit ihren Arbeitgebern ihre Zeit für Arbeit und Pflege flexibel anpassen können, ohne auf Lohn verzichten zu müssen oder den Job aufzugeben.

10. Haushaltsnahe Dienstleistungen

Um mehr Menschen den Verbleib in ihrem Lebensumfeld zu gewährleisten, wollen wir den Bereich der haushaltsnahen Unterstützungsdienstleistungen weiter ausbauen und fördern. Insgesamt wollen wir lokale Hilfenetzwerke stärken, zu denen auch ehrenamtliche Angebote sowie Begegnungsmöglichkeiten für Ältere gehören.

Eine gute Pflege erfordert Umdenken, Anstrengungen und Investitionen von allen. Die Menschen wissen: Jeder Euro, den wir in eine bessere Pflege investieren, zahlt sich für alle aus in guter Pflege, in mehr Unterstützung bei der Sorge um unsere Angehörigen und in besserer Arbeit und faire Entlohnung. Wir packen das an, um allen ein gutes Leben im Alter zu ermöglichen!

Thomas Isenberg (SPD), Jg. 1967, ist Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin seit 25.09.2008. Er ist seit 2010 der gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus. Nach einem Management-Abiturientenprogramm der Bayer AG Leverkusen mit integrierter Aus-bildung zum Industriekaufmann studierte er Medizin in Düsseldorf. Bei den Verbraucherverbänden startete er 1998 als Referent für Gesundheitsdienstleistungen und leitete von 2001 – 2007 den Fachbereich Gesundheit/Ernährung beim Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) in Berlin. Zu seinem Zuständigkeitsbereich gehörten u.a. die Referate „Gesundheit“ und „Pflege“. Anschließend wechselte Thomas Isenberg als Programm-Manager und Mitglied des erweiterten Führungskreises zur Bertelsmann-Stiftung. Von Mai 2008 bis Mai 2012 leitete er den Geschäftsbereich Marketing/Interessenvertretung bei der spectrum|K GmbH - einem Gemeinschaftsunternehmen von rund 80 Betriebskrankenkassen und allen BKK-Landesverbänden. Seit Juli 2012 ist er Geschäftsführer der Deutschen Schmerzgesellschaft e.V., der mit über 3.300 Mitgliedern größten wissenschaftlichen Schmerzgesellschaft Europas.

Thomas Isenberg ist Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin seit 25.09.2008. Er ist seit 2010 der gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus. Aktuelle Parteifunktionen u.a.: Mitglied des Landesvorstands der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokraten im Gesundheitswesen, Bundesausschussmitglied. Mitglied Kommissionen Verbraucherpolitik beim SPD-Parteivorstand. Stellvertreter Vorsitzender des Fachausschusses Gesundheit & Soziales der SPD-Berlin, Mitglied Kreisvorstand der SPD-Berlin-Mitte u.a.